
1968 und die Medien

Sven Felix Kellerhoff

„Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien.“
Niklas Luhmann, 1996¹

Erinnern an vergangene Wirklichkeit geschieht stets durch Bilder. Oft durch reale Bilder, also Fotos oder Filmaufnahmen, aber noch häufiger durch Bilder im übertragenen Sinne: geläufige Erklärungsmuster, eingängige Deutungen, auch bequeme Mythen. Jedoch sind alle Arten von Bildern manipulierbar: Fotos können retuschiert, Filmaufnahmen inszeniert, Erklärungsmuster und Deutungen bewusst kreiert werden; Mythen sind per se Verformungen früherer Realität. Eine wesentliche Rolle in der Wahrnehmung der Wirklichkeit und damit auch in der Erinnerung an vergangene Wirklichkeit spielen die Medien. In modernen Mediengesellschaften sowieso, aber ebenso in praktisch allen Epochen der Vergangenheit. Denn fast immer sind es von Medien im weitesten Sinne vermittelte Bilder, die das Bewusstsein prägen. Umso erstaunlicher ist es, dass es bis heute in Deutschland kaum Beispiele für eine konkrete Medienhistorie gibt, sondern nur eine Fülle oft gleichermaßen komplexer wie realitätsferner Kommunikations- und Informationstheorien. Erst 2008/09 erscheint zum Beispiel in zwei Bänden eine umfangreiche Sammlung von zeithistorisch kompetent kommentierten Bildikonen des 20. Jahrhunderts.²

Wie nötig die kritische Auseinandersetzung mit Erinnerungsbildern für eine offene, also für jede liberale Gesell-

schaft ist, kann man besonders gut am Beispiel „1968“ nachvollziehen. Unter dieser Chiffre wird in Deutschland schon seit gut drei Jahrzehnten jene vorwiegend jugendliche Bewegung verstanden, die 1967 bis 1969 zeitweise die bundesrepublikanische Gesellschaft zu dominieren schienen. Mit „1968“ verbindet man Fotos wie die „Jubelperser“, die in West-Berlin scheinbar geduldet von der Polizei mit Holzplatten auf wehrlose Studenten einprügeln und bewegte Bilder wie den jungen Mann, der voll vom Strahl eines Wasserwerfers getroffen und über eine niedrige Mauer geschleudert wird. Kritisch hinterfragt werden die mit diesen Bildmotiven verknüpften Inhalte freilich nur sehr selten. Das Gleiche gilt für die Bilder von „1968“ im übertragenen Sinne: geradezu selbstverständlich ist es im bundesdeutschen Diskurs, die „Studentenbewegung“ der späten 1960er Jahre als „Umgründung der Republik“ zu deuten.³ Ein gängiges Erklärungsmuster für das, was in jenen bewegten Monaten in der Bundesrepublik vor sich ging, lässt sich auf das Wort „Medienhetze“ bringen.⁴ Längst als Mythen enttarnt sind zwar oft wiederholte Behauptungen, „1968“ hätte bei der Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit eine nennenswerte Rolle gespielt, die Hochschulen für breite Schichten geöffnet oder die sexuelle Befreiung und die Gleichberechtigung der Frauen angestoßen. Gleichwohl spielen diese Mythen im kollektiven Bewusstsein weiter eine prominente Rolle.

Aber bringt die Beschäftigung mit widerlegten Mythen überhaupt etwas? „Für den Historiker ist ein Irrtum nicht bloß ein Irrtum“, hat der französische Geschichtsdenkler Marc Bloch schon 1921 geschrieben: „Der Historiker betrachtet den Irrtum auch als Untersuchungsgegenstand, mit dem er sich beschäftigen muss, wenn er eine Verkettung menschlicher Handlungen verstehen will. Falsche Berichte haben schon Massen bewegt.“ Der Analyse ließ Bloch klare Fragen folgen: „Wie entstehen Falschmeldungen? Woher be-

ziehen sie ihre Substanz? Wie breiten sie sich aus? Das wird jeden interessieren müssen, der sich mit Zeitgeschichte beschäftigt.“ Zugleich monierte der Historiker Versäumnisse der eigenen Zunft: „Allerdings finden wir darüber in der Geschichtswissenschaft nur wenig Aufklärung. Unsere Vorgänger stellten sich solche Fragen nicht, sondern verwarfen alles, was sich als Irrtum herausstellte. Sie interessierten sich nie dafür, wie ein Irrtum entstand und sich entwickelt.“ Mindestens ein Grund für diese Scheu der akademischen Geschichtswissenschaft liegt in der dafür unzureichenden Qualifikation der meisten Historiker. Denn Voraussetzung für eine sinnvolle Beschäftigung mit vergangenen Mythen, ja mit allen Arten von medial verbreiteten Bildern ist solide Kenntnis der praktischen Bedingungen des tagesaktuellen Journalismus. Auch das wusste Marc Bloch bereits: „Es wäre extrem hilfreich, wenn ein Journalist uns eine gute, also begründete und lautere Studie über die Entstehung von Zeitungsberichten schreiben würde; nichts wäre nützlicher für die Quellenkritik, wie sie für die Zeitgeschichte so notwendig ist.“⁵

Gerade das Beispiel „1968“ bietet verschiedene Ansatzpunkte, eine konkrete Medienhistorie als Teil der Zeitgeschichte zu entwickeln. Sie hat freilich viele Ansprüche zu erfüllen, denn sie muss zugleich den Medien gerecht werden, Mythen entlarven und gängige Erklärungsmuster auf ihre Relevanz prüfen. Voraussetzung ist zunächst, mit einer Formulierung des 68-Renegaten Götz Aly, dass endlich „Geschichtsschreibung statt Veteranengeschichten“ betrieben wird.⁶ Was in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit längst gesellschaftlicher Konsens ist, steht bei der Beschäftigung mit 1968 noch ganz am Anfang, wie ein Blick auf die im Jahr 2008 erschienenen Bücher zum Thema beweist: Hier dominieren eindeutig verklärende Darstellungen, eben: „Veteranengeschichten“. An drei Querschnitten wird im Folgenden demonstriert, wel-

che Felder eine konkrete Medienhistorie etwa erschließen könnte. Im ersten Zugriff soll am Beispiel der Kommune I gezeigt werden, dass die 68er-Bewegung sich ohne Medien kaum so hätte entwickeln können wie es tatsächlich geschah – kurz gefasst: Ohne Resonanz keine Revolte. Im zweiten Zugriff geht es um die wahrscheinlich brisanteste Konfrontation der Jahre 1967/68, die reale Kampagne der außerparlamentarischen Opposition (APO) gegen Axel Springer und die weit übertrieben wahrgenommene „Kampagne“ des Springer-Verlages gegen die Studentenbewegung – zugespitzt: Ohne Feind keine Fehde. Schließlich werden zwei Beispiele für die Mythologisierung von 1968 in und durch Medien im „Jubiläumsjahr“ 2008 behandelt – hier lautet das Motto mitunter: Ohne Verdrängung keine Verklärung. Diese drei Querschnitte sind exemplarisch und können nur die Breite denkbarer Zugriffe einer konkreten Medienhistorie illustrieren. Ob es ernsthafte Versuche geben wird, ein solches Forschungsprofil zu entwickeln, bleibt abzuwarten. Zu den zentralen Desideraten der Zeitgeschichte jedenfalls gehört die Wechselwirkung von 1968 und Medien auf jeden Fall.

Ohne Resonanz keine Revolte

Ein zentraler Kristallisationspunkt der späteren Studentenbewegung war die Kommune I, ein antibürgerliches Projekt kollektiven Wohnens, das nicht ganz zufällig in höchst bürgerlichen West-Berliner Stadtteilen wie Friedenau und Charlottenburg entstand. Das knappe halbe Dutzend junger Männer um Dieter Kunzelmann und die drei Frauen, die sich in den ersten Monaten zur Kommune I rechneten, wollten schlicht radikal anders leben. Zu ihren Zielen gehörte: „Die bürgerlichen Wurzeln kappen, Sicherheiten aufzugeben, die eigene Persönlichkeit zu riskieren, Zweierbezie-

hungen und Privateigentum grundsätzlich in Frage zu stellen – kurzum: Das Privatleben sollte rigoros politisiert werden.“⁷ Die Kommunarden fanden anfangs Unterstützung bei Schriftstellern wie Uwe Johnson und Hans Magnus Enzensberger. Zunächst betrachtete das große Publikum, in West-Berlin und mehr noch andernorts, die Kommune I höchstens als spinnert. Ihr Wille zum Anderssein wurde belächelt, auch kritisiert, aber nicht ernsthaft und grundsätzlich infrage gestellt: So wichtig war die Kommune I kaum jemandem. Der West-Berliner Journalist und Stasi-Spitzel Dietrich Staritz berichtete über die „Anarchisten um Kunzelmann“ am 18. Januar 1967 an seine Auftraggeber bei der SED: „Ihr Ziel: an allen Orten sozialer Unzufriedenheit und sozialer Konflikte durch Demonstrationen die Obrigkeit ad absurdum führen, also lächerlich zu machen und so Bewusstsein von den Konflikten in der gleichgültigen Gesellschaft zu schaffen ... Ihr Einfluss im SDS ist momentan nicht genau zu bestimmen. Es hat aber den Anschein, dass von etwa 220 SDS-Mitgliedern gut 100 von ihnen mangels besserer Kenntnis zu folgen bereit sind.“⁸

Die öffentliche Resonanz entsprach nicht den Vorstellungen, die sich die Mitglieder der Kommune I gemacht hatten. Sie versuchten, das zu ändern. Zuerst dienten dazu „Diebereien“, wie Ulrich Enzensberger es rückblickend schönredete: „Klauen war für uns nicht nur erlaubt, es war geradezu geboten, eine praktische Demonstration gegen das Privateigentum.“⁹ Doch mehr als Geldstrafe von fünfzig Mark bekam der ertappte Kommunarde Fritz Teufel nicht, bezahlt wurde aus der weitgehend fremd finanzierten Gemeinschaftskasse. Also suchten die Kommunarden nach Möglichkeiten für spektakulärere Aktionen – und fanden nach einigen wenig erfolgreichen Anläufen eine ideale Gelegenheit: die Visite des US-Vizepräsidenten Hubert Humphrey in West-Berlin am 6. April 1967. Die Kommune I wollte in der Nähe des Schöneberger Rathauses seinen

Wagen stoppen, Rauchbomben und Schlagsahne werfen sowie spöttische Lieder singen. Als die Aktivisten aber am Nachmittag desselben 5. April gerade ihre vorbereiteten Rauchbombenhülsen füllten, drängten zivile Beamten in die Wohnung. Durch den Telefonabhörsdienst der Alliierten waren die Pläne der Polizei bekannt geworden. Die Aktion der Kommune I war von vorneherein auf öffentliche Aufmerksamkeit angelegt gewesen; nun kamen ihre Mitglieder auf andere als die eigentlich geplante Weise zur erwünschten Publizität. Denn Polizei und Staatsanwaltschaft gaben am Abend des 5. April offiziell bekannt, sie hätten elf junge Leute unter dem Verdacht festgenommen, einen Sprengstoffanschlag auf Humphrey verüben zu wollen. Auch Informationen über einen Besuch einiger Kommunarden in der Ost-Berliner Botschaft der Volksrepublik China wenige Tage zuvor lagen vor und wurden bekannt gegeben.

Die Chemikalien, die in der Wohnung der Kommune I sichergestellt wurden, wären in entsprechender Mischung tatsächlich geeignet gewesen, eine brisante Sprengladung von 175 Gramm zu ergeben – aber ebenso konnten sie für im Prinzip harmlose Rauchbomben benutzt werden. Die *B.Z.*, Berlins mit Abstand meist gelesene Kaufzeitung, titelte am nächsten Morgen: „Berliner Polizei: Studenten planten Attentat auf Humphrey. 11 Festnahmen“ und kommentierte: „Wenn sich dieser schwere Verdacht bestätigt, dann kann es sich nur um das Vorhaben einiger politisch Geisteskranker handeln. Trotzdem: Die Meldung der Berliner Polizei geht um die gesamte Welt. Und sie wird – ob wir es wollen oder nicht – schweren Schaden am Ruf unserer Stadt anrichten. Hier hilft nur eines: Die Berliner sollten dem Aufruf ihres Regierenden Bürgermeisters folgen und Vizepräsident Humphrey heute einen herzlichen Empfang bereiten.“¹⁰ Sowohl die Schlagzeile als auch der Kommentar waren journalistisch korrekt. Sie machten deutlich, dass es sich um einen Verdacht der Polizei handelte, nicht

um eine nachgewiesene Straftat. Die *Berliner Morgenpost* dagegen schrieb allzu zugespitzt: „Attentat auf Humphrey von der Kripo vereitelt. Das Blatt zitierte zudem Heinrich Albertz, den Regierenden Bürgermeister West-Berlins, der zu scharfen Worten griff: Es handele sich nur um „einige wenige Radaubröder und Rüpel“.¹¹ Die Boulevardzeitung *Der Abend*, kein Blatt aus dem Springer-Verlag, meldete: „Maos Botschaft in Ost-Berlin lieferte die Bomben gegen Vizepräsident Humphrey.“¹² Die *Welt* versah die einspaltige Überschrift „Anschlag auf Humphrey geplant?“ dagegen mit einem distanzierenden Fragezeichen.¹³

Keine 36 Stunden später wurden die elf Festgenommenen vom Haftrichter freigelassen, weil sie glaubhaft machen konnten, keinen Sprengstoffanschlag, sondern lediglich ein „Puddingattentat“ geplant zu haben – auch wenn sie in Wirklichkeit Rauchbomben hatten werfen wollen. Die Zeitungen, für deren Ausgaben die Polizeimitteilung am Abend des 5. April 1967 zu spät gekommen war, konnten nun am 7. April den neuen, wesentlich weniger aufgeregten Stand der Ermittlungen mitteilen. Von den Berliner Zeitungen hatten sich auch *Tagesspiegel* und *Spandauer Volksblatt*, beides wie *Der Abend* und der *Telegraf* keine Springer-Blätter, ähnlich wie die *Welt* vorsichtig gezeigt. Die *B.Z.* gab die neue Sachlage korrekt wieder und schloss sehr kritische Anmerkungen zum Vorhaben der Kommune I an, die sie folgendermaßen einleitete: „Sind die Studenten frei, Kritik zu üben an wem und wo immer sie wollen? Natürlich sind sie das – wie oft muss man ‚unseren lieben Kleinen‘ das noch versichern? Aber ebenso frei ist auch das Recht der ‚Kritik an der Kritik‘. Von ihm wollen wir hier Gebrauch machen.“¹⁴

Die Kommune I hatte ihr Ziel über den Umweg der Festnahme erreicht: Deutschland lachte über West-Berlins Polizei, die Kommunarden hatten am 8. April 1967 ein sensationelles Presseecho; ein Team des *Stern* traf sich mit den

verhinderten „Pudding-Attentätern“ und veröffentlichte eine dreiseitige Geschichte unter dem satirischen Titel „Pack die Sahnetörtchen ein!“¹⁵ Die Mitglieder des anti-bürgerlichen Wohnprojektes erkannten schnell die Möglichkeiten, die ihnen ihre neue Popularität bot: Ein Schild mit der Aufschrift „Erst blechen, dann sprechen“ wurde aufgehängt, und offensichtlich hielten sich nicht wenige Journalisten daran. Fortan gingen Reporter der meisten Medien in der Kommune I ein und aus – die Zeitungen des Springer-Verlages allerdings nicht und zwar aus gleich zwei Gründen: Erstens waren ihre Chefredaktionen nicht interessiert an solchen Berichten, und zweitens hatten die Kommunarden deren Vertreter von ihren Pressekonferenzen ohnehin „ausgeschlossen“.¹⁶ Jedenfalls konnte die Kommune I trotz des Entzugs der Unterstützung durch die Verwandten einiger Mitglieder eine neue Wohnung mieten. Ohne die öffentliche Aufmerksamkeit, die ihnen die Medien nach dem übertrieben harten, aber wohl unvermeidlichen Polizeizugriff gaben, wäre die Kommune I möglicherweise schon Anfang April 1967 zerbrochen. Jedenfalls deuten Erinnerungen einiger Mitglieder in diese Richtung – ein weibliches Gründungsmitglied hielt fest: „Die Kommune-Vorstellung hat sich zerlappert.“¹⁷

Als beispielhaft für den Erfolg, den die Kommune-Mitglieder mit ihrer Strategie der Öffentlichkeitsarbeit nun hatten, kann die seriöse *Süddeutsche Zeitung* gelten. Das liberale Blatt aus München fabulierte in seinem satirischen „Streiflicht“ auf der Titelseite wenige Tage nach der von der Polizei übertrieben zugespitzten Mitteilung über das aufgedeckte Attentat fröhlich drauf los: „Wer Axel Cäsar Springers Blätter lesen kann, der findet noch einiges mehr. Dass es ungefähr so war wie seinerzeit in Dallas (Texas) und dass die Küchenwaage zwecks Mischung des Sprengstoffs unter Anleitung eines stud. chem. in voller Aktion war.“ Das liberale Münchner Blatt fügte hinzu: „Die Neue

Linke ist inzwischen ganz zufrieden, dass sie nicht mehr zum Tortenwurf kam, denn die Leibwächter von Hubert H. Humphrey hätten ihre Originalität missverstehen können.“¹⁸ Natürlich war jeder Verweis auf die tödlichen Schüsse gegen John F. Kennedy in Dallas 1963 übertrieben, aber das Kommune-Mitglied Ulrich Enzensberger bestätigte Jahrzehnte später, dass der Chemikaliencoocktail für die Rauchbomben tatsächlich mit einer Küchenwaage unter Anleitung eines angehenden Chemikers gemischt geworden war.

Einige Wochen später folgte ein Ereignis, das auf andere Weise die große Bedeutung der Medien für die Kommune I illustriert. Am 22. Mai 1967 brannte in der Innenstadt von Brüssel das Kaufhaus L’Innovation völlig aus. Am folgenden Morgen titelte die *Bild*-Zeitung: „Katastrophe im Kaufhaus. 23 starben in der Feuerfalle: Brandkatastrophe in der Innenstadt von Brüssel.“ Zum Redaktionsschluss des Blattes war noch nicht bekannt, dass es in Wirklichkeit mehr als zehnmal so viele Opfer gegeben hatte. Im Text des Aufmachers hieß es weiter: „In den Mittagsstunden sank ein fünfgeschossiges Kaufhaus in Schutt und Asche. Mehrere anliegende Häuser stehen in Flammen. Bisher wurden 23 Tote geborgen. Über hundert Menschen liegen mit schweren Brandverletzungen in den Krankenhäusern. Viele werden noch vermisst. Unter den Todesopfern befindet sich eine Mutter, die sich in panischer Angst mit ihren drei kleinen Kindern aus dem dritten Stock des brennenden Kaufhauses L’Innovation stürzte.“ Auf der letzten Seite brachte die Redaktion dann einen typischen Boulevardbericht über das Unglück: „Hilfe! Hilfe! Ich verbrenne ... Wie eine lebende Fackel liegt ein Mann auf einem Fenstersims des Kaufhauses ... Ihm bleibt nur der Sprung nach vorn, der Sprung durchs Fenster in die Tiefe ... Als die Wände eines benachbarten Pelzgeschäftes durch die Hitze zu bersten drohten, stürmten Feuerwehrleute in das Ge-

bäude und warfen den auf den Straßen stehenden Menschen große Mengen kostbarer Pelze zu. Der Augenzeuge Raoul Duez aus Gent (Belgien): Als die Flammen aus dem vierten Stockwerk schlugen, sah ich, wie eine Frau auf den Balkon kletterte ... Dann ließ sie sich geschwächt aus 30 Meter Höhe in die Tiefe fallen.“ Gegen Ende des Artikels hieß es dann: „Verkäuferinnen sagten aus: ‚Als es gegen Mittag knallte, machten wir uns nicht viel daraus. Das waren wir seit mehreren Tagen gewöhnt.‘ In dem Warenhaus L’Innovation wurde für amerikanische Produkte geworben. Kommunisten hatten daraufhin aus Protest gegen den Vietnamkrieg in den letzten Tagen Feuerwerkskörper und Kanonenschläge in dem Kaufhaus hochgehen lassen. Der Direktor des Kaufhauses, Willy Bernheim: ‚Vermutlich haben Extremisten den Brand gelegt.‘ Gerüchteweise verlautete, dass am letzten Sonnabend ein Unbekannter gedroht hatte, im Kaufhaus eine Bombe explodieren zu lassen.“¹⁹

Am folgenden Tag berichtet *Bild* weiter über die Katastrophe und zitierte weitere Augenzeugen, die einen Anschlag für möglich hielten; auch über ein in diesem Sinne zu verstehendes Flugblatt von Vietnamkriegsgegnern wurde berichtet. Einen weiteren Tag später war das Thema Brüssel von der Titelseite verschwunden; dafür gab es nun einen kleinen Bericht, in dem es hieß: „Die zur Brand-Ermittlung eingesetzte Sonderkommission teilte mit: ‚Noch immer gibt es keine Bestätigung für ein Attentat. Die Ursache ist unklar.‘ Jeanne Verwort (28), Geschäftsführerin der Bewegung ‚Für Frieden und Freiheit der Völker‘, die vor der Katastrophe Flugblätter mit Drohungen gegen das Kaufhaus verteilt hatte: ‚Wir haben mit dem Brand nichts zu tun. Wir haben Flugblätter verteilt. Aber wir werfen keine Bomben.‘“ Insgesamt also handelte die *Bild*-Redaktion im Rahmen ganz normalen Boulevardjournalismus: Gewiss emotionalisierte sie ihre Berichte über die Brandkatastrophe, betrieb aber typische Verdachtsberichterstattung, als

solche ausgewiesen und handwerklich völlig korrekt. Es wurde nicht die Behauptung aufgestellt, tatsächlich hätten Extremisten den Brand gelegt, sondern *Bild* gab lediglich die entsprechende Meinung eines Verantwortlichen vor Ort wieder. Und als sich die Sachlage änderte, wurde das umgehend mitgeteilt.

Trotzdem fühlten sich die Mitglieder der Kommune I provoziert: „So wie uns die West-Berliner Polizei und die Presse, allen voran die Springer-Presse, als bombenwerfende Attentäter hingestellt hatten – das Ermittlungsverfahren wegen versuchten Sprengstoffverbrechens war keineswegs eingestellt –, so wurden die Brüsseler Vietnamkriegsgegner zu Bombenlegern und Terroristen gestempelt.“²⁰ Das traf zwar nicht zu, denn es hatte ja eben keine Schuldzuweisung in Bezug auf den Brand in Brüssel gegeben, und auch die übertriebene Mitteilung der West-Berliner Polizei über das angebliche „Attentat“ war in der Berichterstattung über die Freilassung der Festgenommenen richtig gestellt worden. Aber solche Differenzierungen nahmen die Kommunarden offenbar nicht wahr. Sie verfassten stattdessen vier verschiedene Flugblätter, die sie am 24. Mai 1967 an der Mensa der Freien Universität verteilten. In einem davon stand: „Neue Demonstrationsformen in Brüssel erstmals erprobt. In einem Großhappening stellten Vietnamdemonstranten für einen halben Tag kriegsähnliche Zustände in der Brüsseler Innenstadt her. Diese seit Jahren größte Brandkatastrophe Belgiens hatte ein Vorspiel. Zur Zeit des Brandes fand in dem großen Kaufhaus L’Innovation (Zur Erneuerung) gerade eine Ausstellung amerikanischer Waren statt, die deren Absatz heben sollte. Dies nahmen eine Gruppe Antivietnam-Demonstranten zum Anlass, ihren Protesten gegen die amerikanische Vietnampolitik Nachdruck zu verleihen.“ Außerdem hieß es: „Ein ungewöhnliches Schauspiel bot sich am Montag den Einwohnern der belgischen Metropole. Ein brennendes Kaufhaus mit brennenden Menschen ver-

mittelte zum ersten Mal in einer europäischen Großstadt jenes knisternde Vietnamgefühl (dabeizusein und mitzubrennen), das wir in Berlin bislang noch missen müssen.“ Ein weiteres Flugblatt ging noch ein Stück weiter; unter der Überschrift „Wann brennen die Berliner Kaufhäuser?“ schrieben die selbst ernannten Avantgardisten: „Bisher kreppten die Amis in Vietnam für Berlin. ... Unsere belgischen Freunde haben endlich den Dreh heraus, die Bevölkerung am lustigen Treiben in Vietnam wirklich zu beteiligen: Sie zünden ein Kaufhaus an, dreihundert saturierte Bürger beenden ihr aufregendes Leben und Brüssel wird Hanoi. Keiner von uns braucht mehr Tränen über das arme vietnamesische Volk beim Frühstück zu vergießen. Ab heute geht er in die Konfektionsabteilung von KaDeWe, Hertie, Woolworth, Bilka oder Neckermann und zündet sich diskret eine Zigarette in der Ankleidekabine an.“ Die Kommunisten verkündeten: „Wenn es irgendwo brennt in der nächsten Zeit, wenn irgendwo eine Kaserne in die Luft geht, wenn irgendwo in einem Stadion die Tribüne einstürzt, seid bitte nicht überrascht.“ Und sie schlossen ihr Flugblatt mit den Worten: „Burn, warehouse, burn!“ Das sollte wohl soviel bedeuten wie „Brenn, Kaufhaus, brenn!“, hieß aber in Wirklichkeit: „Brenn, Lagerhaus, brenn!“²¹

Angesichts des Todes von mindestens 253 Menschen in dem Brüsseler Kaufhaus war das zynisch und bei weitem geschmackloser als die boulevardeske, aber handwerklich korrekte Berichterstattung von *Bild*. Das Flugblatt animierte die *B.Z.* am 26. Mai 1967 zu einem scharfen Kommentar: „Bitte, halten Sie sich fest: Können Sie sich vorstellen, dass bei uns Leute die furchtbare Kaufhaus-Brandkatastrophe in Brüssel mit ihren fast 400 Toten als linksradikale, anti-amerikanische Heldentat feiern? Dass uns Leute darauf vorbereiten, nun bald auch Berliner Kaufhäuser brennen zu sehen?“ Der Autor schloss: „Meine Meinung: Leute, die die Brüsseler Brandkatastrophe mit ihren fast 400 Toten als

„Happening“ bezeichnen, sind gemeingefährlich! Wer diese Katastrophe, die möglicherweise auf linksradikale Brandstiftung zurückgeht, verherrlicht und zur Nachahmung empfiehlt, gehört hinter Schloss und Riegel!“²² Das war gewiss übertrieben erregt, aber doch bei weitem weniger skandalös als der Inhalt der Flugblätter. In der Erinnerung an diese Episode, wie überhaupt an die „Aktionen“ der Kommune I allerdings, die praktisch ausschließlich von ehemaligen Mitgliedern oder Bewunderern dominiert wird, sind jedoch die Fakten der Berichterstattung weitgehend verdrängt und lediglich der angebliche satirische Charakter der vier Flugblätter noch präsent.

Aufgabe einer konkreten Mediengeschichte sollte es zum Beispiel sein, die zeitgenössische Wirkung der Berichterstattung zu wichtigen Ereignissen mit der seither tradierten Erinnerung an sie zu vergleichen. Gerade beim Thema „1968“ sind hier bemerkenswerte Einsichten zu erwarten.

Ohne Feind keine Fehde

Im Mittelpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzungen 1967/68 stand der Streit um den Verleger Axel Springer und seine angebliche Dominanz in der veröffentlichten Meinung in Deutschland. Bis heute ist die Kampagne „Enteignet Springer!“ bei ehemaligen Aktivisten von wohligen Erinnerungen umrankt. Fast nie hinterfragt wird hingegen die Behauptung, seinerzeit hätte Springers „Presseimperium“ eine „Kampagne“ gegen „die“ Studenten gefahren, zu Gewalt aufgerufen und schließlich möglicherweise sogar das Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke herbei geschrieben. Dabei verdient gerade dieser für die bundesdeutsche Geschichte zentrale Konflikt eine genauere Betrachtung. Der Historiker Hans-Peter Schwarz schreibt in seiner Springer-

Biografie treffend: „1967 und 1968 wurde aus Springer innerhalb kürzester Frist die umstrittenste Persönlichkeit der damaligen Bundesrepublik – umstrittener als Strauß, Brandt, Wehner oder Kiesinger, die sich in der Großen Koalition zusammengefunden hatten. Was erstaunt, ist die Plötzlichkeit, mit der er jetzt von einer lautstarken Minderheit zur öffentlichen Gefahr erklärt wurde. Von nun an war und blieb Springer eine polarisierende Größe.“²³

Die linken Aktivisten sahen sich in einer Situation, in der sie „zivile Notwehr“ gegen den übermächtigen Verlag für zulässig, ja geboten hielten. Suggestiert wurde, dass der Springer-Verlag vor allem in West-Berlin, dem wichtigsten Zentrum des SDS, den Meinungsmarkt vollkommen beherrsche. Das traf jedoch nicht zu. Zwar machten die Springer-Blätter *B.Z.*, *Bild*, *Berliner Morgenpost* und *Welt* tatsächlich knapp siebzig Prozent der verkauften Tageszeitungen in der eingemauerten Teilstadt aus – aber es gab mit dem *Tagesspiegel*, dem *Telegraf* und dem *Spandauer Volksblatt* drei konkurrierende Abonnementblätter sowie mit dem *Abend* und der *Nacht-Depesche* zwei Boulevardzeitungen aus anderen Verlagen. Zusammen erreichten diese fünf Titel einen Anteil von mehr als 25 Prozent an der verkauften Gesamtauflage; der Rest verteilte sich auf andere, überregional verbreitete Blätter. Springer hatte also in West-Berlin zwar eine ausgesprochen starke Stellung, war aber weit entfernt von einem Monopol: „Eine verfassungswidrige Pressekonzentration sei in Berlin zur Zeit nicht ersichtlich“, urteilte denn auch die Kommission zur Untersuchung der Wettbewerbssituation bei den Massenmedien, besser bekannt als „Michel-Kommission“.²⁴ Da es zudem mit dem SFB und dem RIAS zwei von Springer komplett unabhängige Rundfunksender gab und der Großverlag im Bereich der meinungsbildenden Zeitschriften gar nicht vertreten war, sondern hier mit Rudolf Augsteins *Spiegel* und Henri Nannens *Stern* zwei linksliberale Magazine dominierten, sowie

bei vielen jüngeren Lesern auch das links außen angesiedelte Polit- und Sex-Blättchen *Konkret*, kann man das vermeintliche „Meinungsmonopol“ Axel Springers in West-Berlin ins Reich der Fama verweisen.

Das störte allerdings Rudi Dutschke wenig, als er Anfang Juli 1967, gut einen Monat nach den tragischen, von der West-Berliner Justiz übrigens völlig unzureichend sanktionierten Todesschüssen eines überforderten Polizisten auf den Studenten Benno Ohnesorg, dem *Spiegel* ein ausführliches Interview gab. Dem offenkundig kritischen Redakteur Manfred W. Hentschel sagte der charismatische Studentenführer: „Wir fordern – auf der Grundlage der in der Berliner Verfassung gegebenen Enteignungsmöglichkeit – die Enteignung des Springer-Konzerns.“ Dutschke fuhr fort: „Ich denke, dass die Enteignung des Springer-Konzerns auch von größeren Teilen der Bevölkerung unterstützt werden wird. Für uns ist dieser Punkt ein strategischer Transmissionsriemen zwischen Studenten und anderen Bevölkerungsteilen. Die während der letzten Wochen entstandenen studentischen Aktionszentren an der Freien Universität werden im Laufe des nächsten Semesters direkte Aktionen gegen die Auslieferung von Springer-Zeitungen in West-Berlin unternehmen.“ Hentschel schloss nicht die naheliegende Frage an, warum die Springer-Blätter einen solchen Verkaufserfolg hatten, wenn doch angeblich „größere Teile der Bevölkerung“ für seine Enteignung gewonnen werden könnten. Den *Spiegel*-Redakteur interessierten mehr die angedeuteten „Aktionen“ gegen den Springer-Verlag, die Dutschke auf die Nachfrage hin präziserte: „Wir wollen zu Tausenden vor dem Springer-Druckhaus durch passive Formen des Widerstandes die Auslieferungsprozedur verhindern. Am Tage dieser Aktion, die wir zuvor durch Flugblätter ankündigen werden, wollen wir selber kritische und informative Zeitungen für alle Teile der Bevölkerung herausbringen.“²⁵ Der Ankündi-

gung zum Trotz kam es nie dazu, dass die APO ihre Vorstellung von Zeitungen für das Volk umsetzte. Das ist bedauerlich, denn so bleibt es Spekulation, ob sie Erfolg hätten haben können. Die Traktate, die APO, SDS und speziell Dutschke persönlich produzierten, lassen das jedenfalls sehr unwahrscheinlich erscheinen.

Bisher konnte nicht nachgewiesen werden, dass die West-Berliner Kampagne „Enteignet Springer“ ab 1967 direkt aus Ost-Berlin gesteuert wurde. Fest steht jedoch, dass das damit verfolgte Ziel erstmals von der SED ausgegeben wurde – genau genommen im Herbst 1962 vom DDR-Chefpropagandisten Albert Norden. Der strikt antikommunistische Kurs aller Springer-Blätter war der Grund für die mit hohem Aufwand betriebene Diffamierung des Verlages. Zur Vorbereitung der Kampagne hatte Norden dem Ministerium für Staatssicherheit einen dreiseitigen Fragenkatalog geschickt, um von den Spitzeln Material zu bekommen. Doch die Ergebnisse waren aus SED-Sicht enttäuschend. „Belastende“ Informationen waren kaum aufzutreiben; insbesondere ließ sich kein nennenswerter Vorwurf auf Verstrickungen Springers mit dem Nationalsozialismus begründen – der Standardvorwurf der selbst ernannten „Antifaschisten“ in ihrem schrankenlosen Krieg gegen die bundesdeutsche Demokratie. So verlief die erste Ost-Berliner Kampagne rasch im Sande und fand in Westdeutschland kaum Resonanz. Drei Jahre später jedoch griff Nordens Chef Walter Ulbricht das Thema wieder auf und forderte anlässlich des 20. Jahrestages der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED, „die Zeitungskonzerne wie den Springer-Konzern u. a. unter Kontrolle zu nehmen und damit der Hetze des Kalten Krieges und der Kriegshetze einen Riegel vorzuschieben“.²⁶

Diese Forderung des Politbüro-Chefs griffen in der Bundesrepublik nicht nur studentische Aktivisten dankbar auf. Auch Rudolf Augstein, seinerzeit als *Spiegel*-Eigentümer einer der drei oder vier einflussreichsten Verleger der Bundes-

republik, klagte über seinen Wettbewerber Axel Springer lauthals: „Eine kapitalistische Ordnung, in der heute 40 Prozent und demnächst bis zu 50 Prozent des täglichen Zeitungslesestoffes von einem Mann dirigiert werden können, ist wohl wirklich ein wenig unproportioniert.“²⁷ Innerhalb weniger Monate entwickelte sich nun eine aufgeregte Kampagne, die mit Dutschkes *Spiegel*-Interview einen ersten Höhepunkt erreichte, sich dann mit dem „Springer-Tribunal“ in West-Berlin am 9. Februar 1968 noch einmal steigerte und schließlich nach dem Attentat eines rechtsradikalen Wirtkopies auf den Studentenführer am 11. April 1968 in massiver Gewalt entlud. Nur knapp konnte ein Sturm aufgeputschter Demonstranten auf das Verlagsgebäude an der Berliner Kochstraße verhindert werden, während bei Ausschreitungen in München zwei Menschen durch Steinwürfe aus den Reihen der Demonstranten getötet wurden. Mehrfach versuchten Aktivisten in ganz Deutschland, die Auslieferung von Springer-Zeitungen zu verhindern – der Sachschaden ging in siebenstellige Höhen. Als die direkten Aktionen gegen den Verlag abklangen, „war Springers Image bei der künftig zusehends tonangebenden ‚neuen Linken‘ dauerhaft fixiert: ein faschistoider, reaktionärer Großverleger, auf dessen Gefährlichkeit man periodisch zurückkommen würde“, urteilt Hans-Peter Schwarz.²⁸

Betrachtet man die Auseinandersetzung zwischen APO und Springer nüchtern und stützt sich bei der Bewertung statt nur auf Ausschnitte auf die Berichterstattung im Zusammenhang, wie sie in den vollständigen Zeitungsbänden der Jahre 1967/68 nachvollziehbar ist, so zeigt sich ein wesentlich anderes Ergebnis als das gewohnte und verbreitete Bild. Zwar gab es in den Blättern des Springer-Verlages tatsächlich hart an der Grenze zur journalistischen Seriosität formulierte Attacken auf die protestierenden Studenten, gab es Entgleisungen wie Karikaturen, auf denen Demonstranten als langhaarige Affen dargestellt wurden, wurden ag-

gressive Überschriften wie „Stoppt den Terror der Jung-Roten jetzt“ gedruckt.²⁹ Auf den groben Klotz der Parole „Enteignet Springer!“ setzten die Blätter des attackierten Verlages also tatsächlich einen groben Keil. Doch stellten die Berichte über die Protestbewegung einen, gemessen am Gesamtumfang der Zeitungen, kleinen, zeitweise marginalen Anteil. Größere Artikelstrecken erschienen vor allem zu selbst gesetzten Ereignissen der APO wie dem Vietnam-Kongress oder dem „Springer-Tribunal“. Der insgesamt geringe Anteil an der Berichterstattung entsprach der statistischen Bedeutung der Protestbewegung: In West-Berlin beteiligten sich nur selten über 2.000 Protestierer an Aktionen, bei einem harten Kern von höchstens 300 Aktivisten. Das war angesichts der Gesamtzahl von etwa 27.000 Studenten in West-Berlin im Wintersemester 1967/68 wenig. Von einem Aufstand „der“ Studenten oder gar „der“ Jugend zu sprechen, ist bereits Teil der Mythologisierung.

Die Marginalität der Protestbewegung zeigt noch deutlicher ein Vergleich zwischen den APO-Anhängern und der West-Berliner Gesamtbevölkerung. Zum Höhepunkt des Vietnam-Kongresses am 18. Februar 1968 zum Beispiel zogen nach Polizeiangaben trotz langer Vorbereitungen nur rund 12.000 Demonstranten aus der ganzen Bundesrepublik durch die West-Berliner Innenstadt – mit Sprechhören, Transparenten, roten Fahnen und den Porträts von Marx, Lenin, Trotzki, Rosa Luxemburg, Mao Tse-tung, Ho Chi Minh und Che Guevara. Nur drei Tage später folgten bis zu 90.000 West-Berliner dem spontanen Aufruf des SPD-Senates, aller politischen Parteien und der Gewerkschaften zu einer Gegendemonstration. Die ganz überwiegend friedliche Veranstaltung wurde von wenigen Plakaten gestört, auf denen etwa „Dutschke raus aus West-Berlin“ oder „Werft die Anarchisten über die Mauer“ gefordert wurde. Es kam auch zu Rangeleien und kleineren Schlägereien; ein junger Mann, der Dutschke ähnlich sah, wurde

von aufgebrachtten Demonstranten angegriffen und verfolgt, bis er sich zu einem Polizeiwagen flüchten konnte. Doch das waren Randerscheinungen und weit weniger Ausschreitungen, als selbst bei kleinen SDS-Demonstrationen längst üblich waren. Am folgenden Morgen bewerteten die wichtigsten Berliner Blätter die Kundgebung fast einmütig als großen Erfolg. Die *Morgenpost* stellte jedoch klar, dass „das bedauerliche gewalttätige Verhalten einiger Demonstranten“ das positive Gesamtbild gestört habe.³⁰ Die *B.Z.* hielt fest, „einige Plakate seien „ausgesprochen blöde“ gewesen: „Sie waren ein Schönheitsfleck. Denn es ist ein Unding, einen Dutschke zum ‚Volksfeind Nummer 1‘ stempeln zu wollen.“³¹

Von einer systematischen „Kampagne“ der Springer-Blätter gegen die protestierenden Studenten kann man angesichts der relativ geringen Bedeutung dieses Themas in der Gesamtberichterstattung und des – manchen Fehlgriffen zum Trotz – insgesamt vertretbaren Tonfalls kaum sprechen. Einmal allerdings gab der Verlag eine Kostprobe seiner Kampagnenfähigkeit, nämlich anlässlich des „Springer-Tribunals“. In einem achtseitigen „Extra“, das vor dem Veranstaltungsort verteilt wurde (und von einigen Aktivisten sogleich rituell verbrannt wurde), wurden Argumente gegen das Tribunal und dessen Veranstalter mit tatsächlich brachialen publizistischen Methoden präsentiert: „Kein Mittel ist ihnen zu billig, kein Trick zu plump, wenn es um die Parole geht: Haut dem Springer auf die Finger. Da versammeln sie sich und stoßen in das gleiche Horn: die Abrüster und die Ostermarschierer, die intellektuellen und die rabiaten Extremisten, die ‚kritischen‘ Studenten und die ganz ‚kritischen‘ Oberschüler, die Geschäftemacher und die Konkurrenten. Die Diktatur der Manipulateure hat begonnen.“³² Vergleichbare Passagen sind in den Zeitungen des Springer-Verlages 1967/68 bei aller Härte der Auseinandersetzung im redaktionellen Teil kaum zu

finden, jedenfalls nicht annähernd in dem Maße, das man angesichts der Bedeutung des „Kampfes gegen Springer“ in der Erinnerung der damaligen Aktivisten erwarten müsste.

Ein 1967/68 voll in die Auseinandersetzung involvierter Redakteur, der Hochschulexperte der *Berliner Morgenpost* Michael L. Müller, hat rückblickend geschrieben: „Die Protestbewegung benötigte den zum Feindbild stilisierten Verleger geradezu, um sich daran emporzuranken und ihren Anhängern ein Angriffsziel zu bieten. Wenn das Ziel Springer nicht vorhanden gewesen wäre, hätte es von den Initiatoren der Rebellion erfunden werden müssen.“³³ Auch wenn in der Zeitgeschichte Situationen eher selten sind, in denen Zeitungen so sehr von Berichterstatern über die politische Situation zu ihrem Gegenstand wurden wie in der Anti-Springer-Kampagne 1967/68, so könnte gerade hier eine konkrete Mediengeschichte ansetzen.

Ohne Verdrängung keine Verklärung

Während sich Vergangenheit naturgemäß nicht mehr verändern kann, ist Geschichte höchst flexibel. Denn obwohl die Begriffe unscharf und oft synonym verwendet werden, beschreiben sie in Wirklichkeit sehr unterschiedliches: Vergangenheit ist die Realität früherer Zeiten, Geschichte dagegen die Vorstellung, die sich eine Gesellschaft von ihrer eigenen Vergangenheit macht – vermittelt in der Regel durch Medien. In den 1920er und frühen 1930er Jahren sahen auch hochseriöse deutsche Historiker beispielsweise den Ersten Weltkrieg völlig anders als die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft der Gegenwart. Noch deutlicher wird die Veränderung der Geschichte, wenn man das NS-Regime und den Zweiten Weltkrieg betrachtet: In den 1950er Jahren standen die Deutschen als Leidtragende von Diktatur und Krieg im Mittelpunkt der gesellschaftlichen

Erinnerung, ab den 1970er Jahren dagegen zunehmend die Millionen Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns. Zum Aufschrei kam es 2002, als der Publizist Jörg Friedrich die weitgehend verdrängte Wahrheit zu betonen wagte, dass Deutsche eben auch Opfer geworden waren, nämlich des Bombenkriegs.

Vergleichbare Paradigmenwechsel in der Bewertung von 1968 haben bis jetzt noch nicht stattgefunden, obwohl sie längst überfällig wären. Immerhin hat die breite Erinnerung an die Proteste vor vierzig Jahren 2008 den einen oder anderen Riss im glatt polierten Geschichtsbild hervorgebracht – beispielsweise in der polemischen Parallelisierung von 1933 und 1968 in Götz Alys Buch *Unser Kampf* oder im Leitartikel des früheren Frankfurter Aktivistin Thomas Schmid, inzwischen Chefredakteur der *Welt* aus dem Axel-Springer-Verlag: „Wir jungen Leute, die von nichts wirklich eine Ahnung hatten, glaubten ernsthaft, dass diese erste gelungene deutsche Gesellschaft seit Menschengedenken zutiefst marode und dem Untergang geweiht sei. In einer Geste ebenso maßloser wie unbegründeter Selbstgewissheit meinten wir, der Ladenhüter Sozialismus – der längst schon seinen verbrecherischen Charakter unter Beweis gestellt hatte – sei das Heilmittel für die angeblich restaurative, von innen her nicht mehr reformierbare Gesellschaft. Die liberale Tradition, von etlichen aus dem Exil heimgekehrten Hochschullehrern und Intellektuellen verkörpert, wurde brüsk verworfen, und es obsiegte auf rätselhafte Weise eine Rhetorik und ein Denken der Verneinung ... Anders als viele ihrer Protagonisten noch immer im Ton der Kriegserinnerung erzählen, ist der Durchbruch der Demokratie in Deutschland kein Verdienst von ‚1968‘. Wir haben damals ein wenig dazu beigetragen – der eigentliche Durchbruch besteht aber darin, dass die Demokratie den demokratiefeindlichen Elan von ‚1968‘ mehr als unbeschadet überstanden hat.“³⁴

Doch sind solche Stimmen eher Ausnahmen. Im Gegenteil dominierten im Jubiläumsjahr zahlreiche wieder belebte oder auch neue Mythen, die in zahlreichen Veröffentlichungen verbreitet wurden. So schrieb der bekannte *Spiegel*-Autor Reinhard Mohr in seiner 1968-Verklärung *Der diskrete Charme der Revolution* zum Beispiel über die Berichterstattung über den Tod Benno Ohnesorgs während der Demonstrationen gegen den Schah-Besuch in Deutschland am 2. Juni 1967: „Die Morgenzeitungen der Springer-Presse wussten es natürlich wieder einmal ganz genau. Kein Wort vom Todesschuss in der Krummen Straße, dafür sehr viel erregte Meinung vom Schreibtisch aus: ‚Blutige Krawalle: 1 Toter‘ lautete die Schlagzeile von Bild, und unter dem groß aufgemachten Foto eines am Kopf blutenden Polizisten stand: ‚In Berlin gab es bisher Terror nur östlich der Mauer. Gestern haben böartige und dumme Wirrköpfe zum ersten Mal versucht, den Terror in den freien Teil der Stadt zu tragen.‘³⁵ Tatsächlich brachten weder die *Berliner Morgenpost* noch die *B.Z.* am Morgen des 3. Juni 1967 die Nachricht, dass Benno Ohnesorg erschossen worden war – allerdings ebenso wenig der *Tagesspiegel* und der *Telegraf*. Der Grund war ganz schlicht: Direkt nach den gewaltsamen Ausschreitungen hatte die Polizei lediglich bekannt gegeben, ein Demonstrant sei ums Leben gekommen und zwar an einem „Schädelbruch“. So gelangte die Nachricht auch in einen Teil der *Morgenpost*-Auflage, die zudem als einzige Zeitung Namen und Alter des Opfers veröffentlichen konnte. Erst im Verlauf des 3. Juni wurde mitgeteilt, dass Ohnesorg an einer Kugel gestorben sei – zunächst hieß es: an einem Querschläger. Auch diese Information gaben die Springer-Blätter umgehend an ihre Leser weiter. Nach weiteren zwei Tagen folgte die Information, dass es sich nicht um einen Querschläger gehandelt hatte, sondern um einen „vermutlich unbeabsichtigt aus einer entsicherten Dienstpistole“ abgegeben Schuss. Sogar erst am 7. Juni 1967 wurde der Name des Unglücks-

schützen bekannt. Dieser Ablauf lässt sich leicht durch einen Blick in die gebundenen Originalzeitungen oder die bundesweit in zahlreichen Bibliotheken verfügbaren Mikrofilme rekonstruieren – wenn man das nur will.

Ebenfalls leicht lässt sich feststellen, dass die tatsächlichen scharfen Kommentare der Springer-Zeitungen keineswegs alleine dastanden. Der liberale, bürgerliche *Tagesspiegel* etwa druckte am Morgen des 3. Juni 1967 auf der Titelseite einen Leitartikel, in dem es hieß: „Dieser Staatsbesuch sollte das Zeichen des guten Standes der [deutsch-persischen] Beziehungen sein, und schon deshalb ist es selbstverständlich, dass es nur ein kleines Häuflein törichter Quertreiber gewesen sein kann, das dem öffentlichen Auftreten des Kaiserpaars in Deutschland den Charakter eines Spießrutenlaufens zu geben bemüht war. Was immer auch von der Polizei dabei falsch gemacht worden sein mag – jeglicher Ärger über sie muss verblassen vor der Abscheu gegen diejenigen, denen auch jeder andere Anlass recht gewesen wäre, um hier die Atmosphäre einer Straßenschlacht zu entfachen.“³⁶ Der sozialdemokratische *Telegraf* kritisierte die „Diktatur der Straße“ und schrieb, dass eine „winzig kleine Gruppe von Studenten mit terroristischen Mitteln Würde und Ansehen der ganzen Stadt ... gröblich verletzten“.³⁷ Wer solche Stimmen weglässt, gleichzeitig aber ähnliche Kommentare in den Zeitungen des Springer-Verlages kritisiert, betreibt Manipulation durch Verkürzung.

Mitunter haben sich Mythen so verselbstständigt, dass sie selbst weiter entwickeln. Das ZDF gab anlässlich eines Fototermins für seine Produktion „Dutschke“ ein Presseheft heraus, in dem unter anderem als Information für Journalisten eine „Chronik des Protestes“ abgedruckt war. Darin hieß es unter dem Datum 3. Juni 1967: „Nachdem der Regierende Bürgermeister von Berlin, Heinrich Albertz, das harte Vorgehen der Polizei am Vorabend rechtfertigt, startet die *Bild*-Zeitung eine Kampagne gegen ,Krawallradi-

kale'.³⁸ Doch ohne Mühe lässt sich mit einfachem Nachblättern in den damaligen Zeitungen feststellen, dass es eine solche Kampagne nicht gegeben hat. Übrigens schon aus einem einfachen Grund: Am 5. Juni 1967 begann Israel einen Präventivkrieg gegen Ägypten, Syrien und Jordanien, der naturgemäß in den folgenden Tagen die Zeitungen gerade des Springer-Verlages beherrschte; für eine Kampagne gegen die APO war in den sechs Tagen dieses Krieges und der folgenden Zeit schlicht kein Platz. Kritische Berichte gab es aber sehr wohl, ebenso wie in anderen Blättern. Doch diese Tatsache passt vielen nicht ins vorgefasste Weltbild – und wird daher verdrängt.

Anmerkungen

¹ *Luhmann, Niklas*: Die Realität der Massenmedien. – 2., erweiterte Auflage – Köln: 1996. – S. 9.

² *Paul, Gerhard (Hrsg.)*: Das Jahrhundert der Bilder. Bd. 1: Bildatlas 1949 bis heute. – Göttingen: 2008. – Bd. 2: Bildatlas 1900 bis 1949. – Göttingen: vsl. 2009.

³ *Görtemaker, Manfred*: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart. – München: 1999. – S. 474.

⁴ *Wolfrum, Edgar*: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. – Stuttgart: 2006. – S. 262.

⁵ *Bloch, Marc*: Réflexions d'un historien sur les fausses nouvelles de la guerre. In: Ders.: Mélanges historiques. Bd. 1. – Paris: 1963. – S. 43.

⁶ *Aly, Götz*: Unser Kampf. 1968 – Ein irritierter Blick zurück. – Frankfurt am Main: 2008. – S. 23.

⁷ *Holmig, Alexander*: Die aktionistischen Wurzeln der Studentenbewegung. In: Klimke, Martin / Scharloth, Joachim (Hrsg.): Handbuch 1968 zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung. – Stuttgart; Weimar: 2007. – S. 108.

⁸ Zit. nach: *Enzensberger, Ulrich*: Die Jahre der Kommune I. Berlin 1967–1969. – Neuausgabe – München: 2006. – S. 103.

⁹ *Ders.*: Die Jahre. (Anm. 8) – S. 107.

- ¹⁰ B.Z., 6.4.1967 (2. Form).
- ¹¹ Berliner Morgenpost, 6.4.1967 (2. Form).
- ¹² Abend, 6.4.1967.
- ¹³ Welt, 6.4.1967 (Berlin-Ausgabe).
- ¹⁴ B.Z., 7.4.1967.
- ¹⁵ Stern, 23.4.1967.
- ¹⁶ Vgl. *Enzensberger: Die Jahre.* (Anm. 8) – S. 133
- ¹⁷ Zit. nach: *Müller, Michael L.: Berlin 1968. Die andere Perspektive.* – Berlin: 2008. – S. 93 f.
- ¹⁸ Süddeutsche Zeitung, 10.4.1967.
- ¹⁹ Bild, 23.5.1967.
- ²⁰ *Enzensberger: Die Jahre.* (Anm. 8) – S. 138.
- ²¹ Flugblätter der Kommune 1, 24.5.1967 (Kopien in der Sammlung Kellerhoff).
- ²² B.Z., 27.5.1967.
- ²³ *Schwarz, Hans-Peter: Axel Springer. Die Biografie.* – Berlin: 2008. – S. 426 f.
- ²⁴ Handelsblatt, 22.4.1968.
- ²⁵ Spiegel, 10.7.1967.
- ²⁶ Neues Deutschland, 22.4.1966.
- ²⁷ Spiegel, 2.5.1966.
- ²⁸ *Schwarz: Axel Springer.* (Anm. 23) – S. 430.
- ²⁹ Bild, 7.2.1968.
- ³⁰ Berliner Morgenpost, 22.2.1968.
- ³¹ B.Z., 22.2.1968.
- ³² Extra, Februar 1968, S. 6 (Kopie in der Sammlung Kellerhoff).
- ³³ *Müller: Berlin 1968.* (Anm. 17) – S. 164.
- ³⁴ Welt, 31.12.2007.
- ³⁵ *Mohr, Reinhard: Der diskrete Charme der Revolution. Ein Leben mit den 68ern.* – Berlin: 2008. – S. 96.
- ³⁶ Tagesspiegel, 3.6.1967.
- ³⁷ Telegraf, 6.6.1967.
- ³⁸ Presseheft des ZDF zu „Dutschke“, 30.5.2008 (Kopie in der Sammlung Kellerhoff).